

Protokollauszug vom 10. Mai 2006

2006/179

Behördeninitiative des Gemeinderates von Zürich betreffend Änderung des Einführungsgesetzes zum Nationalstrassengesetz

Der Gemeinderat der Stadt Zürich reicht beim Kantonsrat folgende Behördeninitiative ein:

Das Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz wird durch einen § 13a ergänzt:
Vor einer Erweiterung des Nationalstrassennetzes zur Umfahrung und verkehrlichen Entlastung von Siedlungsgebieten, insbesondere des Gebietes der Stadt Zürich, sind zusammen mit dem Baubeschluss geeignete Kompensationsmassnahmen in den Siedlungsgebieten mit dem Ziel vorzusehen, dass der Transitverkehr zwingend auf diesen Umfahrungen geführt werden kann. Diese Kompensationsmassnahmen (Spurabbau, Rückbau von Hochleistungsstrassen, Verkehrsbeschränkungen, etc.) sind auf den Zeitpunkt der Eröffnung solcher Umfahrungen zu realisieren.

Begründung:

Ein weiterer Ausbau des Nationalstrassennetzes zum Zweck der Entlastung von Siedlungsgebieten muss künftig zwingend von flankierenden Massnahmen begleitet werden. Zusätzlicher Strassenraum darf nicht zu mehr Verkehr führen.

Nur auf diesem Weg kann sichergestellt werden, dass zusätzlicher Strassenraum nicht zu zusätzlichen Belastungen in den Siedlungsgebieten führt.

Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, 8090 Zürich, und an den Stadtrat.